

BfT-Newsletter 17.09.21 / Presse Highlights Bundestagswahl & Politik(er) 2021 spezial

Liebe Mitstreiter und Freunde,

die Bürger für Technik sind überparteilich. Bei uns sind - heutzutage eher ungewöhnlich - verschiedene Meinungen, auch Minderheitenpositionen, erlaubt. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns nicht für Politik interessieren, als Bürger unseres Staates werden auch wir zahlreich bei der in Kürze anstehenden Bundestagswahl unser Kreuz bei der Partei machen, von der wir meinen, dass sie unsere Interessen am besten (oder ehesten) vertritt und das werden wohl kaum die sein, die uns seit Jahren insbesondere beim Thema Energie die Hucke volllügen und sich neuerdings auch in anderen Themen-Bereichen als Befürworter von Zwangsmaßnahmen gegen uns Bürger offenbaren.

Anbei einige Links / Artikel, beginnend mit der aktuellen Wahlumfrage und Kommentar unsererseits, dann Miss Baerbock, die angeblich keine Zeit für ein Interview mit der mit Abstand Auflage- und Leser-stärksten Zeitung Deutschlands hat, Lügen bei Kraftstoffpreisen, Rückstufung der FDP durch die Redakteur- / Expert:innen von Quarks / WDR bzgl. Klimaschutz, vom ersten auf den vorletzten Platz, weil die Abstimmung zum falschen Ergebnis führte, Gutsherren-Politik der Berliner Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD), Baerbock im Interview, Selbsteinschätzung, wie wenig weiß sie, fortwährender Pflegenotstand ohne Besserung schon seit 20 Jahren, Grüne Politiker*innen - die Guten, und real?, die verdrängte Wahrheit über Rot-Grün, Arbeitsunfähiger Bundestag auf Kosten der Steuerzahler?!, Parteispenden, Plagiatsjäger - Baerbock hat mehr als 100-mal abgeschrieben, Hausdurchsuchung. Machtmissbrauch hat einen Namen - Grote ... auch die anderen Parteien haben ihre Leichen, nicht nur im Keller - s. Teil 2.

...ein Jeder informiere sich breit und entscheide für sich selbst, was stimmt, was sind Fakten und was nicht, was sind Halbwahrheiten, Lügen und Propaganda ... ein wie wir finden gut passendes Ende für diesen Newsletter sind Reitschuster-Interview über den Deutschen Untertan und aus der welt über den Morgenthau-Plan - in separatem Teil 2.

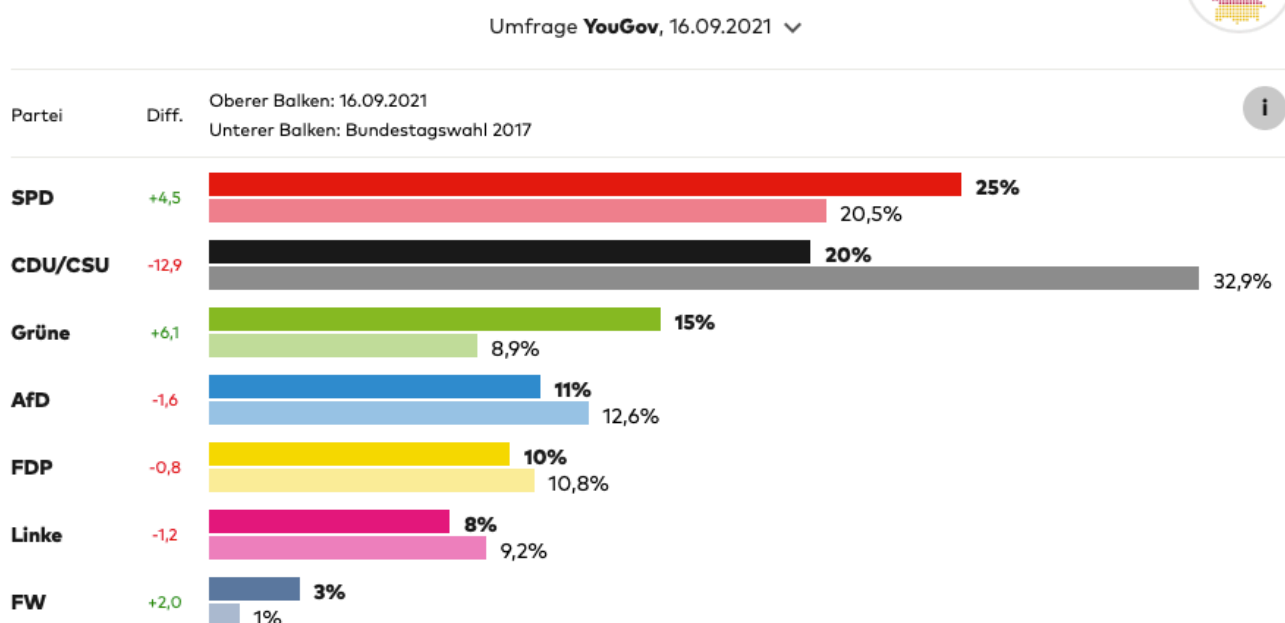
Viele Grüße

Dr. Martin Lindner

Eckehard Goering

Vorstand Bürger für Technik e.V.

AKTUELLE UMFRAGE



Tendenzen: Vergleich zur Bundestagswahl 2017 (in Prozentpunkten)
Umfragewerte mit Unterstützung von Wahlrecht.de
Quelle: YouGov, Stand: 16.09.2021

Unser Kommentar: Nachdem die CDU gemäß den Meinungsforschungsinstituten noch vor zwei Monaten ca. 25% erhalten sollte, knapp vor, zeitweise sogar knapp hinter der Grünen, soll sie jetzt angeblich mit 20%, d.h. -12,9% gegenüber der letzten Bundestagswahl der Riesen-Verlierer sein - der Laschet Effekt. Auch AFD, FDP und Linke sollen mit nur 11 - 9% gegenüber 2017 verlieren, - 1,6, 0,8 bzw. 1,2 %, während SPD und Grüne deutlich dazugewinnen, + 4,5 bzw. 6,1% auf 25 bzw. 15%. Zweifel sehr angebracht, auch alle letzten Wahlprognosen der Experten lagen meilenweit daneben - der Martin Schulz Effekt erwies sich real als nur heiße Luft - und diesmal mit Scholz ... Nein, die SPD ist in Bayern, wie den neuen Bundesländern im Osten und weiteren viel zu schwach (wie auch die Grünen) und wird daher auch diesmal deutlich hinter der CDU liegen. Und das obwohl der SPD ihr erfahrener und seriös wirkender Spitzenkandidat Olaf Scholz trotz der Schwachmatten Esken, Lauterbach & Co. mehr Stimmen beschert wird, als den Grünen mit Baerbock (dito Sm, „gebaerbockt“), also den Rang der zweitstärksten Partei behalten, wenn die AFD nicht dazwischen kommt.

Dazu könnte man den Eindruck gewinnen, dass Laschet mit den desaströsen Umfragewerten noch zur Seite gedrängt und durch den treuen Mäntelchen-Hänger Söder ersetzt werden soll - ist Laschet denen vom Deep-Space Staat zu unabhängig? Meine (MLi) persönliche Prognose lautet: CDU 25%, SPD 18%, AFD 15%, Grüne 15%, FDP 13%, Linke 6%, FW 3%, Sonstige 5% - schauen wir mal wer besser liegt ... andere Tips / Einschätzungen willkommen - vtl. sollten wir einen Preis für den besten Tipper ausloben.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/live232931519/Baerbock-Interview-geplatzt-Bild-am-Sonntag-veroeffentlicht-leere-Seite.html> 05.09.21 Live Kanzlerkandidatin der Grünen

Baerbock-Interview geplatzt – „Bild am Sonntag“ veröffentlicht leere Seite - Wochenlang zögerte die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, dann sagte sie ein Interview wegen „Terminschwierigkeiten“ ab. Die „Bild am Sonntag“ druckte deshalb eine leere Seite.

Die „Bild am Sonntag“ hat eine weitgehend leere Seite veröffentlicht, auf der ein Interview mit Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock hätte stehen sollen. „Das ist Ihre Seite, Frau Baerbock!“ stand darüber. Und weiter: „Die Kanzlerkandidatin der Grünen hätte hier erklären können, wie sie nach der Bundestagswahl regieren will, wie sie tickt, welche Werte sie prägen.“ Nach wochenlangem Zögern habe Baerbock ein Interview abgelehnt, weil sich kein Termin habe finden lassen. Eine Grünen-Sprecherin teilte dazu am Sonntag mit: „Es gibt eine Vielzahl von Anfragen. Leider lassen sich aus Termingründen nicht alle bedienen.“

Als Fußnote schrieb die „Bild am Sonntag“ auf den unteren Rand der Seite, dass Baerbock die erste Grünen-Spitzenkandidatin sei, die vor einer Bundestagswahl keine Zeit für ein Interview mit der Zeitung habe.

Unser Kommentar: So, keine Zeit für ein Interview mit der mit Abstand Auflage- und Leser-stärksten Zeitung Deutschlands hat. Tatsächlich haben wohl ihre Berater erkannt, dass sie einem Interview mit professionellen, unabhängigen Reportern, die ihr nicht nur Honig um den weiblichen Bart schmieren, nicht gewachsen ist, und bevor weitere Millionen Menschen der normalen Bevölkerung merken, dass sie nicht nur eine Frau ohne Berufserfahrung, aber mit Satzfindungsstörungen und einem erschreckenden Mangel an Faktenkenntnissen selbst in Kernbereichen grüner Themen ist - Nein, Strom wird nicht durch Glasfaserkabel geleitet, Kobald ist Kobold ... aber sie will Bundeskanzlerin werden ...

<https://www.welt.de/wirtschaft/article233685608/Benzinpreisbremse-Hoert-auf-die-Waehler-fuer-so-dumm-zu-verkaufen.html> 09.09.21 Meinung Von Nando Sommerfeldt Leitender Redakteur -

Scheuer-Vorschlag - Benzinpreisbremse? Hört auf, die Wähler für so dumm zu verkaufen!

Ja, es ist Wahlkampf. Doch die Diskussion über die hohen Spritpreise und wie ihr Anstieg verhindert werden kann, ist lächerlich. Denn der Preisanstieg wurde erst vor Kurzem vereinbart. **Die Politik traut sich nicht, teure Wahrheiten vor der Wahl auszusprechen.**

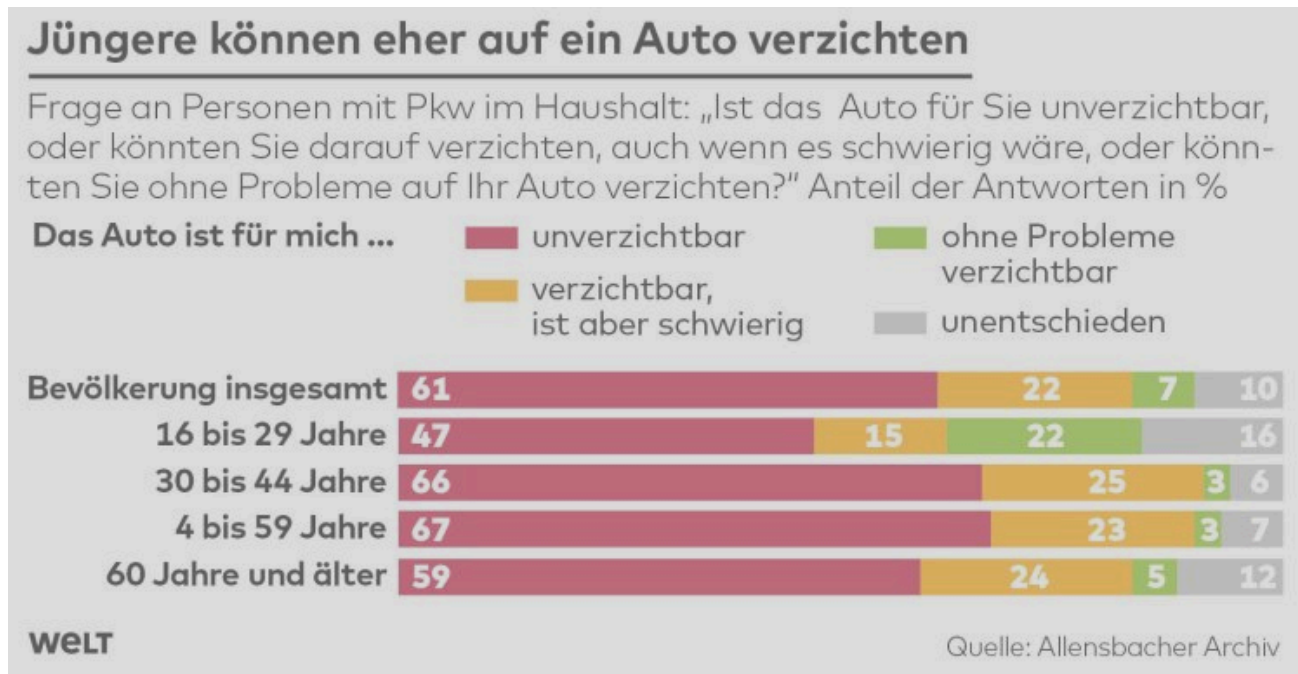
Wahlkampf, das weiß man, treibt die seltsamsten Blüten. Bei der Jagd nach Stimmen kommen auch absurdeste Ideen auf die politische Agenda. Was jedoch gerade in Sachen Spritpreis diskutiert wird, ist selbst für Wahlkampfzeiten bemerkenswert. Tatsächlich sind die Kosten fürs Tanken schon [seit Monaten sehr hoch](#). Und weil trotz aller elektromobiler Fortschritte die allermeisten Bundesbürger nach wie vor regelmäßig an die Tankstelle müssen, denken sich offenbar einige hochrangige Politiker: Das könnte doch ein gutes Thema sein, mit dem man in der Bevölkerung noch in letzter Minute einige wertvolle Stimmen einsammeln kann.

Lesen Sie auch Preisvergleich an Tankstellen [Die Illusion vom günstigen Elektroauto](#)

Den Anfang machte kein Geringerer als Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, der eine Art Preisbremse [bei der Marke von zwei Euro vorschlägt](#). Da wollten die Linken offenbar nicht hinten anstehen und ließen wissen: „Autofahren muss bezahlbar bleiben.“ Man erwarte vom Finanzminister einen konkreten Vorschlag, was er gegen „die galoppierenden Spritpreise“ tun will.

Sogar CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet fiel plötzlich ein, dass in Berlin-Mitte jeder U-Bahn, S-Bahn irgendwas fahren könne. Aber auf dem Land, wo ja die Hälfte aller Deutschen leben, dort dürfe man die Nutzung des Automobils nicht verteufeln. Die dortige Bevölkerung dürfte nicht Hauptleidtragender der Energiewende sein. [An dieser Stelle sei kurz festgehalten](#): Zu Beginn dieses Jahres wurde im Rahmen des Klimaschutzgesetzes ein CO2-Preis auf Kohle, Benzin, Diesel, Heizöl und Gas eingeführt, um den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen. Derzeit liegt er bei 25 Euro pro Tonne Kohlenstoffdioxid.

Lesen Sie auch Klimaschutz [Der „CO2-Schattenpreis“ droht den Staat lahmzulegen](#).



[Unser Kommentar](#): Aha, aller Meinungsmache von Politik (der guten Besserwisser) und Mainstream-Medien zum Trotz, halten die Deutschen über alle Altersgruppen hinweg ihr Auto für real essenziell.

Bis zum Jahr 2025 soll er schrittweise auf bis zu 55 Euro steigen. Für die Situation an der Tankstelle bedeutete das seit Januar einen Preisaufschlag von 6,9 Cent je Liter bei Benzin und 7,9 Cent bei Diesel. In den kommenden Jahren steigt dieser Betrag entsprechend weiter.

Die hektische Suche nach einer Benzinpreisbremse oder etwas Ähnlichem ist mindestens eine Scheindiskussion – eher sogar Heuchelei - der Politik. Schließlich ist der Anstieg der Spritpreise politisch verordnet. Jetzt so zu tun, als wäre man überrascht, dass der Kraftstoff für die Verbraucher teurer wird, ist absurd.

Es sieht so aus, als rückte man von politischen und ökologischen Gewissheiten ab, die man selbst erst vor wenigen Monaten geschaffen hat. In Wahrheit aber rückt die Politik gar nicht von dem Beschlossenen ab. Sie tut nur so. Egal ob Scheuer, Laschet oder Baerbock. Sie alle wissen, dass spürbare ökologische Fortschritte mit zusätzlichen Kosten für die Verbraucher verbunden sind. Höhere Pendlerpauschalen, Steuersenkungen oder auch die grüne Idee vom „Energiegeld“ werden diesen Effekt niemals ausgleichen.

Selbst vor einer wichtigen Wahl muss man aber erwarten können, dass die Politik die Menschen

Deutschland vor Blackout

Am 14. August wäre es beinahe zum Blackout gekommen. Nur durch Abschalten großer Industriebetriebe konnte die Stromversorgung in Deutschland aufrechterhalten werden. Wann kommt der totale Blackout?

191 Kommentare

nicht für so dumm verkauft und genau das Gegenteil erzählt. Dann nämlich verweigern viele ihre Stimme komplett. Dann hat die Scheindiskussion doch noch einen Effekt, einen durchweg negativen. [Unser Kommentar](#): Merkel und andere, die grün-ideologischen Utopien wie dem der angeblich so umweltfreundlichen Elektromobilität nachhängen, wollen ja gerade die Benziner- und Diesel-Autos bzw. die Fahrten mit diesen verteuern - und haben dies Anfang dieses Jahres mit der Erhöhung der CO2 Abgabe erneut realisiert - und wollen im Gegenzug die nicht wettbewerbsfähigen Elektro-Autos subventionieren, wie es insbesondere die Grünen mit Baerbock auch deutlich gesagt haben. Also die Linken einschl. SPD und CDU müssen sich klar werden, was sie wollen - pro Öko oder pro Bürger ...

The screenshot shows a news article layout with three columns. The top navigation bar includes 'DEUTSCHLAND', 'MECKLENBURG-VORPOMMEN', 'WELT+', and 'BUNDESTAGSWAHL'. The right side has 'DEUTSCHLAND' and '„QUARKS“'. The first column headline is 'Grünen-Politikerin beklebt „Unterqualifizierteste CDU-Plakate mit diffamierenden Stickern“'. The second column headline is '„Unterqualifizierteste Kandidatin, die je für das wichtigste Amt nominiert wurde“'. The third column headline is 'Als die FDP beim Klimaschutz auf Platz eins landet, stuft der WDR sie zurück'. Each column has a short text snippet and a comment count at the bottom.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article233535742/Quarks-Als-FDP-beim-Klimaschutz-vorne-landet-stuft-der-WDR-sie-zurueck.html> 02.09.21 [Deutschland](#) „Quarks“

Als die FDP beim Klimaschutz auf Platz eins landet, stuft der WDR sie zurück

Die FDP fühlt sich in einem Beitrag des WDR-Magazins „Quarks“ unfair behandelt. Das Wissenschaftsmagazin „Quarks“ hat die Klimaziele der Parteien untersucht. In einem Ranking landet die FDP zunächst auf dem ersten Platz, um dann (von den Expert:innen) auf den vorletzten heruntergestuft zu werden. Anhänger der Partei üben Kritik. Inzwischen hat der WDR reagiert. In einem Video hatte das Wissenschaftsmagazin untersucht, ob die Ziele der großen Parteien geeignet sind, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Die FDP kam dabei in einem Ranking zunächst auf den ersten Platz - wurde dann aber auf den vorletzten heruntergestuft, weil die Redaktion offenbar an der Umsetzung der Klimapläne zweifelte. In dem Video erklären zwei Redakteurinnen, was für die Einhaltung des Klimaabkommens notwendig sei. Anhand dessen habe man „die Wahlprogramme durchforstet und mal nachgerechnet“. Auf dem letzten Platz landet in dem Ranking die AfD, weil sie aus dem Klimaabkommen aussteigen will und den Kohleausstieg ablehnt. ... Phil Hackemann, der im bayerischen Landesvorstand der Partei sitzt, kommentierte: „Da wird objektiv festgestellt, dass die @fdp das wirkungsvollste Klimaprogramm hat – aber weil das nicht ins Weltbild passt, wird sie kurzerhand willkürlich einfach trotzdem auf den vorletzten Platz gesetzt.“ Der WDR verwies auf darauf, dass die Einordnung am Ende des Videos „auf Einschätzung mehrerer Expert:innen“ basiere, mit denen die „Quarks“-Redaktion ausführlich gesprochen habe. „Die Redaktion bedauert sehr, dies nicht eindeutig genug kenntlich gemacht zu haben. Zudem erkennen wir, dass in diesem sachlichen Beitrag sowohl die Form eines Rankings als auch die Abwertung einer einzelnen Partei innerhalb des Rankings unpassend war“, teilte der WDR mit.

[Unser Kommentar](#): Ist das die neue Demokratie, Kompetenz und neutrale Berichterstattung des GEZ-Fernsehens, wenn dessen Redakteur*innen das falsche Abstimmungsverhalten der Zuschauer korrigieren - und die Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Diplom-Wirtschaftsmathematikerin, mit Migrations- aber ohne medizinischen Hintergrund desgleichen gegen die Fachleute / Ärzte entscheidet?

<https://de.rt.com/inland/123401-berlin-gesundheitssenatorin-kalayci-entmachtet-amtsaerzte/> 01.09.21
Berlin: **Gesundheitssenatorin Kalayci entmachtet Amtsärzte** - In Berlin hat sich Gesundheitsministerin Dilek Kalayci (SPD) nach einem Streit um einzelne Quarantänelockerungen gegen die Amtsärzteschaft durchgesetzt. Diese hatten genauere und fallbezogene Maßnahmen gefordert. Kalayci sprach den Ärzten die Kompetenz ab und verfügt ab jetzt im Alleingang. - Amtsärzte in Berlin haben in Zukunft nicht mehr das Sagen, wenn es um die Quarantäne von Schulkindern geht. Der Berliner Senat hat in der Infektionsschutzverordnung den Spielraum der Ärzte eingeschränkt.

Laut [Tagespiegel](#) wollten die Amtsärzte Kontaktpersonen von positiv Getesteten in Kitas und Schulen nicht mehr automatisch in Quarantäne schicken, weil die Nachteile für die Kinder in keinem Verhältnis zu der geringen Wahrscheinlichkeit einer erfolgten Infektion stünden.

Die Amtsärzte schrieben in einer Stellungnahme an Kalayci: "Ihr Vorschlag einer Verkürzung der Quarantäne für Schüler als enge Kontaktpersonen auf fünf Tage, offensichtlich ohne Testungen, ist für uns fachlich nicht nachvollziehbar und entspricht auch nicht den Empfehlungen des RKI."

Die Ärzte wiesen darauf hin, dass die Quarantäne in "über 95 Prozent der Fälle" nicht-infizierte Kinder treffe. Ihr Plan einer Quarantänelockerung war, wie berichtet, auch von der Infektionsschutzspezialistin der Gesundheitsverwaltung unterstützt worden. ...

[IGES-Analyse: "Bei 80 Prozent der 'COVID-19-Toten' war Corona nicht die wirkliche Todesursache"](#)

<https://www.merkur.de/politik/wahlarena-baerbock-bundestagswahl-ard-gruene-politik-umfrage-klima-corona-luebeck-zr-90964790.html> 08.09.21 Von Andreas Schmid - **ARD-Wahlarena: Pflegerin konfrontiert Baerbock mit ihrem Problem - Die kündigt drei Schritte an**

Annalena Baerbock sah sich zu Gast in der ARD-Wahlarena mit kritischen Fragen konfrontiert: Wie will sie es schaffen, dass man sich Klimaschutz auch leisten könne, wollte eine Mutter von der Grünen-Kanzlerkandidatin wissen. Baerbock betonte „Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit“ zusammenbringen zu wollen. Es gehe nicht darum, das Autofahren zu verbieten, gerade auf dem Land sei man auf das Auto angewiesen. Was die Förderung von Elektroautos angeht, möchte die Grünen-Politikerin insbesondere Menschen mit geringerem Einkommen entlasten. Es solle eine entsprechende Prämie für E-Autos geben. Darüber hinaus müsse der Öffentliche Personennahverkehr deutlich ausgebaut werden, um die Abhängigkeit vom Kfz zu lindern.

Annalena Baerbock will sich im Falle einer Regierungsbeteiligung trotz vieler Vorbehalte für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometer auf deutschen Autobahnen einsetzen. „Das ist etwas, für das ich mich starkmachen werde“, antwortete sie auf die Frage eines Außendienstmitarbeiters. Ein Tempolimit bringe auch mehr Verkehrssicherheit. „Man braucht Regeln in der Gesellschaft, sowie wir auch auf dem Fußballplatz Regeln haben“, verteidigte Baerbock die Forderung der Grünen nach einem Tempolimit. „Auch bei Rot bleiben wir alle stehen.“

Den Einwand des Fragestellers, dass sich ein Tempolimit mit einem verstärkten Aufkommen vom E-Autos von selbst erledigen werde, weil bei diesen wegen der Batterien Energie gespart werden müsse, ließ die Kanzlerkandidatin der Grünen nicht gelten. Inzwischen gebe es Batterien mit einer Reichweite von 700 Kilometern. „Deshalb wird sich das aus meiner Sicht nicht selbst regeln“.

Eine 23-jährige Altenpflegerin beklagte sich „Wir wurden beklatscht und bejubelt (*während der Corona-Pandemie, d. Red.*), aber in der Pflege hat sich absolut nichts verändert“, sie wollte von der Grünen-Kanzlerkandidatin wissen, was sie konkret für die Pflege tun werde.

Baerbock bedankte sich „herzlich“ für die Arbeit während der Pandemie und kündigte an, dass das Thema eine große Priorität in der grünen Politik innehaben. Sie kündigte drei Schritte an: Mit Blick auf die Arbeitszeit müsse man zu einer 35-Stunden-Woche kommen. Außerdem brauche es „deutliche Lohnerhöhungen“ und einen neuen Personalschlüssel. Pflegekräfte dürften nicht für zu viele Patienten zuständig sein. Die 23-Jährige sei laut eigener Aussage für 30 Patienten zuständig. „Da geht der Patient unter. Man möchte für die Menschen da sein, aber das ist nicht gegeben.“

Ein anderer Fragesteller, der ebenfalls in der Pflege arbeitet, konfrontierte Baerbock mit der Frage, wie denn die Pflegekräfte konkret entlastet werden können. Baerbock entgegnete, man müsse dabei auch auf das Ausland schauen. Genehmigungen müssten schneller erteilt werden. „Wir brauchen weitere Fachkräfte in der Pflege.“

2005 feierte die „ARD-Wahlarena“ ihre Premiere und findet nun bereits zum fünften Mal bei einer Bundestagswahl statt. Auch diesmal geht es laut Senderangaben darum, „die Sorgen, Probleme und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.“ Um einen möglichst großen

Querschnitt der Bevölkerung in der „ARD-Wahlarena“ zu haben, wird ein Großteil des Publikums mit Hilfe der Meinungsforscher von infratest dimap ausgewählt. - s.

dazu: <https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article233825758/NDR-zur-Wahlarena-Niemand-kann-uns-jemanden-in-die-Sendung-schicken.html> 16.09.21 In der „Wahlarena“ sollten Bürger Unions-Kanzlerkandidat Laschet Fragen stellen, doch einige dieser „Bürger“ waren extra für den Auftritt trainierte linke Aktivistinnen.

Vor der letzten Wahl gab es etwa eine [leidenschaftliche Debatte zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und einem jungen Pfleger](#). Der 21-jährige Alexander Jorde las der CDU-Politikerin gehörig die Leviten. In der Sendung sagte der Azubi mit Bezug auf das Grundgesetz, dass die Würde der Menschen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen „tausendfach verletzt“ werde. Die Pfleger seien überlastet und für zu viele Patienten zuständig.

Das Thema ist nun - vier Jahre später - aktueller denn je. Die Coronavirus-Pandemie* hat die teils dramatische Lage in den Pflegeberufen offengelegt.

Leiter Andreas Cichowicz sieht in seiner ARD-Wahlarena eine „**bewährte und ausgewogene Form der Entscheidungshilfe, wer ins Kanzleramt einziehen soll.**“ Denn „Politik und Wahlberechtigte treffen direkt aufeinander. Das ist gelebte Demokratie und stärkt die politische Teilhabe“.

[Unser Kommentar: Die übliche realitätsferne Selbstbeweihräucherung von ARD und ZDF ... und über Baerbock gibt es angeblich die weitaus meisten Fake News, doppelt so viele wie über Scholz oder Laschet - ist tatsächlich gar nicht nötig, so oft wie sich selbst mit ihrem dummen, faktisch falschem Gerede diskreditiert oder sie sagt eben gar nichts \(zu Bild\) ...](#)

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article233543538/Mecklenburg-Vorpommern-Gruenen-Politikerin-beklebt-CDU-Wahlplakate.html> 02.09.21 [Deutschland](#) Mecklenburg-Vorpommern

Grünen-Politikerin beklebt CDU-Plakate mit diffamierenden Stickern

„Korrupt“: Mit diesen Worten hat Katharina Horn, die grüne Bundestagkandidatin in Greifswald, Wahlplakate der CDU versehen Quelle: pa/dpa/dpa-Zentral/Bernd Wüstneck

Eine illegale Aktion im Wahlkampf bringt die Greifswalder Grünen-Bundestagskandidatin Katharina Horn in Bedrängnis. Die Bootsbauerin, die mit Platz zwei auf der Grünen-Landesliste gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag hat, räumte am Donnerstag ein, CDU-Wahlplakate manipuliert zu haben. „Ich habe mich vor dem Hintergrund der Wahlauseinandersetzung, der Debatten um Maskendeals und Korruptionsvorwürfe, leider dazu hinreißen lassen, Plakate der CDU mit Stickern zu bekleben.“ Die Landessprecherin der Grünen Jugend sieht sich nun heftiger Kritik ausgesetzt – auch vom eigenen Landesverband. „Ich habe den betroffenen CDU-Kandidaten Michael Sack heute in einem Telefonat um Entschuldigung gebeten und danke ihm, dass er diese angenommen hat“, heißt es in einer Erklärung Horns. Wie eine Polizeisprecherin sagte, war die 23-Jährige von einer Streife dabei ertappt worden, wie sie auf den Schultern eines jungen Mannes stehend, den Aufkleber „korrupt“ auf einem Plakat des CDU-Spitzenkandidaten zur zeitgleich stattfindenden Landtagswahl aufbrachte. Laut Polizei wird nun gegen beide wegen des Verdachts der Sachbeschädigung ermittelt. Lesen Sie auch [Steuersünder-Meldeplattform](#)

[Die grünen Biedermeier und die urdeutsche Lust am Denunzieren](#)

Der stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in [Mecklenburg-Vorpommern](#), die nach eigenen Angaben ebenfalls von der Aktion betroffen ist, schrieb auf Twitter: „Wenn man auf Platz 2 der Landesliste für den Bundestag steht, Direktkandidatin vor Ort ist, in der Greifswalder Bürgerschaft sitzt und Vorsitzende der Grünen Jugend MV ist, dann ist das Beschädigen von Plakaten nicht nur dumm, sondern eine Schande für unsere Demokratie.“

Die Plakataktion sei eine politisch motivierte Straftat und entlarve die Grünen endgültig als demokratieunfähig oder -unwillig, sagte AfD-Landeschef Leif-Erik Holm, der ebenfalls in Vorpommern für den Bundestag kandidiert. Er forderte Horn auf, ihre Kandidatur zurückzuziehen.

Horn ist direkte Konkurrentin des CDU-Politikers Philipp Amthor, der wegen seiner Lobby-Tätigkeit für das US-amerikanische IT-Unternehmen „Augustus Intelligence in die Kritik geraten war. Amthor hatte nach Bekanntwerden der Vorwürfe seine Kandidatur für den CDU-Vorsitz in Mecklenburg-



Vorpommern zurückgezogen. Im Wahlkreis 16, Mecklenburgische Seenplatte I/Vorpommern-Greifswald II, will er sein Direktmandat verteidigen. Dem „Nordkurier“ sagte Amthor: „Wer mutwillige Sachbeschädigung für eine Petitesse hält, ist für den Bundestag offensichtlich nicht geeignet.“ Das Ganze sei „kein Studentenstreich“, sondern ein „unglaublicher Vorgang und offenbart das absurde Demokratie- und Eigentumsverständnis linker Parteien“.

[Ohne Kommentar unsererseits](#)

<https://de.rt.com/meinung/123517-annalena-und-die-verdraengte-wahrheit-ueber-rot-gruen/> 03.09.21 von Dagmar Henn - **Annalena und die verdrängte Wahrheit über Rot-Grün**

Es gibt ein Phänomen des menschlichen Geistes, das immer dann zum Zug kommt, wenn man schmerzliche oder zumindest unangenehme Informationen nicht wahrnehmen will: Es nennt sich Verdrängung. Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock lieferte dafür gerade ein Lehrbuchbeispiel. Sich über die Kanzlerkandidatin der Grünen Annalena Baerbock lustig zu machen, erfordert nicht viel Mühe. Schließlich reichen Aufnahmen ihrer zahlreichen Versprecher oder Lebensläufe. Manchmal allerdings sagt sie Dinge, die nicht schlicht mit einem überforderten Verstand erklärt werden können. Wie jetzt wieder. Baerbock redet über den Pflegenotstand und erklärt dessen Ursache: "Die liegt zurück in den Neunzigerjahren, wo es damals von der schwarz-gelben Bundesregierung deutlich gemacht worden ist, Ende der Neunziger, Anfang der 2000er, wir streichen jetzt vor allen Dingen das, was aus meiner Sicht das Rückgrat der Gesellschaft ist, in den sozialen Bereichen, weil wir immer stärker auf Kapitalisierung und auf Gewinne und Profite gehen."

Das Mädels ist zu jung, um sich an Gerhard Schröder und Joschka Fischer zu erinnern? Moment, Baerbock ist Jahrgang 1980. Sie war knapp noch nicht wahlberechtigt, als Schröder 1998 zum Bundeskanzler wurde. Aber da sie laut Wikipedia schon davor auf Anti-Atom-Demonstrationen unterwegs war, im Jahr 2000 Abitur machte und danach ausgerechnet Politikwissenschaft studierte, sollte man davon ausgehen, dass sie gelegentlich auch eine Tageszeitung in die Hand nahm und im Grunde wissen musste, was diese Regierung so alles getrieben hat. Die Heldentaten der rot-grünen Koalition unter Schröder muss man sich dringend in Erinnerung rufen, weil sie einen Vorgeschmack auf das geben, was eine Kombination Scholz/Baerbock bedeuten dürfte.

[Baerbock: Ungeimpfte können "nicht erwarten, dass alle anderen auf ihre Freiheit verzichten"](#)
[1 Milliarde Euro für Lastenfahräder? – Kritik und Spott für Vorschlag der Grünen](#)

Fangen wir an mit dem, was die meisten Leser ohnehin wissen – der Bombardierung Jugoslawiens. Damit endete die Geschichte der Grünen als Friedenspartei, seitdem haben sie immer die Nase ganz weit vorn, wenn es darum geht, irgendwohin Militär zu schicken oder Bomben zu werfen.

Dann war da noch die Nummer mit Hartz IV. Das war, als diese Regierung vermeintlich einen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe berechneten Bedarf als Grundsicherung einführte, der allerdings, nachdem die Gutachten fertig geworden waren, mit vielerlei Tricks und Kniffen auf die vorher schon ausgedachten 354 Euro heruntergerechnet wurde. Hartz IV trat an die Stelle der zuvor gezahlten Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe und bedeutete für die allermeisten, insbesondere aber für Familien mit Kindern, eine deutliche Verschlechterung.

Betroffen waren besonders die Bewohner des Anschlussgebiets, die infolge des Kahlschlags bei den DDR-Betrieben zu Millionen arbeitslos waren. Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik führte dieser "sozial"politische Schritt dazu, dass der Vermögensanteil der unteren 40 Prozent der Bevölkerung von drei Prozent des Gesamtvermögens auf ein Prozent sank. Eine Enteignung um zwei Drittel also; das sollte mal einer bei Konzernen versuchen.

Damit das Ganze sozial ausgewogen bleibt, gab es diverse Steuergeschenke für die Reichen: Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt, ebenso die Körperschaftsteuer, und Verkäufe von Unternehmensanteilen wurden steuerfrei gestellt. Die im Wahlkampf versprochene Wiedereinführung der Vermögensteuer wurde logischerweise nicht durchgeführt.

Muss man noch den ganzen Quatsch wie Biodiesel ausführen? Oder die Abgabe für erneuerbare Energien, die natürlich ebenfalls wieder vor allem die Ärmere traf? Oder die ziemlich unsinnig geschusterten Energie-Einsparungsverordnungen, kurz ENEV, die keinerlei Bezug zwischen Maßnahmenkosten und tatsächlicher Einsparung herstellen, weshalb ältere Gebäude inzwischen gar nicht mehr saniert werden, außer, jemand will entmieten?

Ach ja, und da gab es noch etwas, im Gesundheitsbereich: die Einführung der Fallpauschalen. Auch das hat uns die Regierung Schröder/Fischer hinterlassen. Fallpauschale heißt, es wird ein Normwert

Ich erkenne Deutschland nicht wieder

Druck auf Ungeimpfte, Furcht vor offenen Schulen, mediale Panikmache: Während die Menschen in Spanien, England oder Schweden fast wieder so leben wie vor der Pandemie, herrscht in Deutschland die „German Angst“. Wie konnte es nur dazu kommen?

Tim Röhn  1572

Deutschland droht Schulchaos – Frankreich hat längst einen Master-Plan

Hierzulande gibt es noch immer kein Konzept, um massenweise Quarantäne und Schulschließungen zu verhindern. Anders in unserem Nachbarland. Dort setzt man zum Schulbeginn auf klare Regeln – und eine bemerkenswerte Bereitschaft unter Schülern.

Martina Meister  35

Kindermediziner gehen fest von Corona-Impfstoff für Säuglinge aus

Andreas Gassen, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, geht von einem Ende der Pandemie im Frühjahr aus. Kindermediziner rechnen mit baldigen Impfstoffen auch für Säuglinge. Mehr im Live-Ticker.

 21420

festgesetzt, was eine bestimmte Behandlung kosten soll, und nur noch der wird von den Krankenkassen entgolten. Die Fallpauschalen sind der entscheidende Hebel, der das Gesundheitswesen auf Gewinn hin orientierte, bis in die letzte kleine kommunale Klinik hinein.

[Versagende Sozialpolitik: Dichtung und Wahrheit im Armutsbericht](#)

Warum? Weil schwierigere, langwierigere Fälle sich nicht rechnen; weshalb sich die privaten Kliniken, die das dürfen, die Rosinen rauspicken und eifrigst Hüften und Knie bei Jüngeren operieren, weil das verhältnismäßig viel einbringt, während demente geriatrische Patienten mit hohem Betreuungsaufwand bei den öffentlichen Kliniken landen, die nicht abweisen dürfen ...

Da die Sätze bundesweit einheitlich sind, die Löhne aber eigentlich in den Großstädten höher sein müssten, da die Mieten höher sind, geraten die öffentlichen Krankenhäuser in den Großstädten unter besonderen Druck – sie haben massive Schwierigkeiten, überhaupt noch Personal zu finden, was wiederum durch die entstehenden Verluste (durch deshalb geschlossene Stationen z. B.) weitere Anreize zur Privatisierung setzt. ... [Nutznießler der Pandemie: Deutsche Milliardäre](#)

Eine weithin bekannte Nebenwirkung der Fallpauschalen ist die "blutige Entlassung" – nach den vorgegebenen Tagen wird der Patient nach Hause geschickt, ob alles verheilt ist oder nicht; er kann sich ja hinterher um einen ambulanten Pflegedienst bemühen. Auch Wartezeiten für Operationen hängen damit zusammen; die Krankenhäuser können gar nicht mehr nach dem Bedarf der Kranken arbeiten, sondern müssen ihre Leistungen nach Budget orientieren. In den letzten Jahren wurden deshalb massenhaft Geburtsstationen und pediatriische Abteilungen geschlossen.

All das hängt an den Fallpauschalen, und das Copyright für diesen Eingriff hat die Regierung Schröder/Fischer, alias Rot-Grün. "Wir streichen jetzt vor allen Dingen das, was aus meiner Sicht das Rückgrat der Gesellschaft ist, in den sozialen Bereichen" – das ist schon eine passende Zusammenfassung dieser Zeit. In den 1970ern lernte man noch eine einfache Weisheit: Wenn Sozialabbau geplant ist, sind die Sozialdemokraten besonders geeignet, weil sie die Gewerkschaften besser unter Kontrolle haben. Rot-Grün von 1998 bis 2005 könnte man als historischen Beweis dieser Aussage sehen, und als Vorwarnung vor Kommendem.

Vielleicht hat es ja Baerbock in ihrer Jugend mit dem Genuss gewisser Kräuter übertrieben. Zu schmerzlich kann ihr die Erinnerung an die unsoziale Bilanz der Schröder-Jahre nicht sein; schließlich ist sie 2005 in die Grünen eingetreten, zu einem Zeitpunkt, als vernünftiger Menschen diese Partei in Scharen verließen. Nein, diese Verdrängung ist funktional. Schließlich ist es ihr Job, andere glauben zu machen, die nächste Auflage dieser Kombination wäre weniger brutal, im Gegenteil, man könne Hoffnungen in sie setzen. Eine offene Lüge bedarf allerdings einer gewissen geistigen Anstrengung. Da ist es leichter, das eigene Gedächtnis umzuschreiben, damit es zu den Wahlkampfbehauptungen passt. Darin hat sie immerhin Übung.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article233709036/Gruene-Annalena-Baerbock-vergleicht-sich-mit-Hillary-Clinton.html> 09.09.21 [Bundestagswahl Grünen-Kanzlerkandidatin](#)

Baerbock vergleicht sich mit Hillary Clinton

Die „New York Times“ hat einen Text über Annalena Baerbock veröffentlicht. Darin vergleicht sich die Grünen-Politikerin mit der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton im US-Wahlkampf 2016. Doch der Vergleich hat einen Haken. Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat ihre Situation im Wahlkampf mit der von Hillary Clinton in der US-Wahl 2016 verglichen. „Auf eine gewisse Art ist das, was ich erfahren habe, vergleichbar mit dem, was in den USA passiert ist, als Hillary Clinton kandidierte“, sagte Baerbock der [„New York Times“](#).

„Ich stehe für Erneuerung, die anderen für den Status Quo, und natürlich sehen diejenigen, die ein Interesse im Status Quo haben, meine Kandidatur als Kriegserklärung“, sagte Baerbock weiter.

Die US-amerikanische Zeitung hat ein Portrait über die Grünen-Kanzlerkandidatin veröffentlicht und sie im Wahlkampf begleitet. Darin wird Baerbock den Lesern als die Kandidatin präsentiert, die den Deutschen nach 16 Jahren Angela Merkel im Vergleich zu Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) die wohl größten Veränderungen zumuten würde.

Lesen Sie auch: Rekordspende für Grüne - [Warum steigen Sie in den Wahlkampf ein, Herr Schuurman?](#)

Baerbock sei im Wahlkampf mit [Sexismus und Hassattacken](#) konfrontiert, auch mit gefälschten Nacktfotos und erfundenen Zitaten werde versucht, ihren Wahlkampf zu sabotieren, heißt es in dem Artikel. Von den Angriffen sei Baerbock stärker betroffen als die Kandidaten Laschet und Scholz. Ähnliche Erfahrungen machte auch Hillary Clinton im Wahlkampf 2016.

Fraglich ist, inwiefern der Vergleich mit Clinton auch inhaltlich passt: Die Ex-Außenministerin stand im Wahlkampf für die Fortsetzung des Kurses von US-Präsident Barack Obama, dessen Kabinett sie als Außenministerin angehörte. Die ehemalige First Lady gehörte seit Jahrzehnten zum politischen Establishment – ein Punkt, den Donald Trump in seinem Wahlkampf immer wieder betonte. Der spätere Präsident hingegen hatte die Rolle des Außenseiters inne, der als Geschäftsmann in die Politik wechselte.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus233736844/Bundestagswahl-Wie-wenig-weiss-Annalena-Baerbock.html> 12.09.21 Meinung von Robin Alexander Stv. Chefredakteur - Bundestagswahl

Wie wenig weiß Annalena Baerbock? Die Grünen-Kanzlerkandidatin sieht die Angriffe gegen sich als Unwille, das Land zu erneuern. Ihre Erfahrungen seien vergleichbar mit denen von Hillary Clinton, sagt sie. Doch hier offenbaren sich Wissenslücken.

Neues von Annalena Baerbock. Die grüne Kanzlerkandidatin, die deutsche Journalisten als Gesprächspartner ablehnt, wenn sie im Ruf stehen, kritische Fragen zu stellen, hat mit einer Institution des internationalen Journalismus gesprochen: der New York Times. Vor allem sprach Baerbock dabei über Baerbock: „Auf eine gewisse Art ist das, was ich erfahren habe, vergleichbar mit dem, was in den USA passiert ist, als Hillary Clinton kandidierte. Ich stehe für Erneuerung, die anderen für den Status quo, und natürlich sehen diejenigen, die ein Interesse am Status quo haben, meine Kandidatur als Kriegserklärung.“ Das Zitat ist es wert, in voller Länge dokumentiert zu werden, denn es ist ein Dokument der Ahnungslosigkeit. Hillary Clinton stand für „Erneuerung“? Darauf muss man erst einmal kommen.

[Unser Kommentar: War so nicht vorgesehen, dass die Grünen und Baerbock hier den größten Text-Anteil haben, ergab sich aber daraus, dass die eben in der GEZ- und sonstigen Mainstream-Presse anders als mitunter behauptet real den größten Anteil haben.](#)

[Also, wenn jemand überlegt, die Grünen zu wählen, findet er / sie hier, wie die unsere Gesellschaft zum Besseren transformieren wollen - mit mehr Freiheit statt Zwängen wäre das vlt. sogar gut, nur woher das viele Geld für all die Subventionen in unserer durch die Corona-Lockdown Politik fortgesetzt ruinierte Gesellschaft kommen soll - wohl von den Bäumen geerntet, die ja gerade durch das böse CO2 wachsen ...](#)

<https://de.rt.com/inland/123791-benzin-generator-funktionierte-nicht-auftritt/> 09.09.21 **Da streikte der Benzin-Generator: Grünen-Politiker Özdemir sprach über Mobilitätswende**

Ganz ohne Benzin läuft es auch bei den Grünen nicht. Der umweltschädliche, mit Benzin betriebene Generator versagte bei einem Wahlkampfauftritt auf der Münchner Theresienwiese von Cem Özdemir in München den Dienst. Der Grüne wollte einmal mehr für die Mobilitätswende werben. ... „Unser Ziel ist das erste grüne Direktmandat in Bayern.“ ...

[70 Cent mehr pro Liter: Klimaschutz wird für Autofahrer teurer als gedacht](#)

Özdemir forderte die von seiner Partei viel beschworene Verkehrswende. Weg von Benzin und Diesel und hin zur Elektromobilität. Dazu sollte seine Partei den Posten des Bundesverkehrsministers besetzen: "Wir brauchen eine neue Verfassung für die Straße, die alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt mitdenkt und eine langfristige Finanzierung nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur. Das sind dicke Bretter, aber wir trauen uns das zu."

Dem jetzigen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) wirft Özdemir vor, die [Benzinpreise](#) zu verteuern. Seiner Ansicht nach gehörten Klima und Wirtschaft zusammen:

Auf eine solche Verkehrswende zur Modernisierung Deutschlands würden die Menschen nach Ansicht Özdemirs derzeit nur warten: "Das heißt, Tempo machen beim Ausbau der Bahn, bei E-Mobilität und bei Investitionen in Rad- und Fußwege. Wir müssen auch ran an die Strukturen. Also weg mit klimaschädlichen Subventionen."

[Unser Kommentar: Aber die „guten“ Subventionen, wie die EEG-Umlage sollen bleiben und sogar noch massiv ausgeweitet werden, z.B. für Leute, die sich ein teures e-Auto kaufen ...](#)

Mehr zum Thema - [Baerbock kann sich Meldeportal für Steuerbetrug auch auf Bundesebene vorstellen](#)

<https://de.rt.com/inland/123787-nach-bundestagswahl-arbeitsunfähiger-bundestag-auf/> 09.09.21

Nach Bundestagswahl: Arbeitsunfähiger Bundestag auf Kosten der Steuerzahler prognostiziert

Nach der Bundestagswahl könnten Überhang- und Ausgleichsmandate den Bundestag auf mehr als 1.000 Sitze wachsen lassen. Besonders bei der CSU sind Überhangmandate zu erwarten. Jedes dieser Überhangmandate kostet den Steuerzahler 40 Millionen Euro und mehr.

Schon dieser Bundestag war der größte in der Geschichte der Bundesrepublik. Von 598 wuchs er auf 709 Mandate. Die anstehende Wahl könnte diesen Rekord noch übertreffen und mit 200 weiteren Sitzen den Steuerzahler mit rund 450 Millionen Euro an Mehrkosten belasten.

Der [Mandatsrechner](#) prognostiziert ein Wachstum des Bundestags auf insgesamt 736 Sitze. Hier werden wochenaktuelle Prognosen für die Verteilung der Direktmandate mit Umfragen bezüglich der Zweitstimmenverteilung kombiniert. Andere Prognosen gehen von mehr als 1.000 Mandaten aus. Grund sind Überhang- und Ausgleichsmandate. Zu Überhangmandaten kommt es, sobald eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält, als sie mit Zweitstimmen haben sollte.

Im letzten Jahr wurde von CDU und SPD ein neues Wahlgesetz verabschiedet, was dem unverhältnismäßigen Wachstum des Bundestags entgegenwirken soll und bei der Bundestagswahl am 26.09. seine Anwendung finden wird. Dies aber, so kritisiert die Opposition, wird nicht ausreichen.

Die Neuregelung ermöglicht, Überhangmandate einer Partei teilweise mit ihren Listenmandaten zu verrechnen. Bis zu drei Überhangmandate werden nicht durch Ausgleichsmandate kompensiert, wenn der Bundestag seine Soll-Größe überschreitet. Diese ist bei 598 Sitzen festgelegt.

[Bundestagswahl: Bundesverfassungsgericht lehnt Eilantrag gegen Wahlrechtsreform ab](#)

FDP, Grüne und Linke hatten bei dem Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag eingereicht, um die Wahlrechtsänderungen zurücknehmen zu lassen. Das Gericht aber lehnte den Antrag ab. Einig sind sich die Parteien, dass der Bundestag verkleinert werden müsste. FDP, Linke und Grüne wollten dazu die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 250 begrenzen.

Besonders bei der CSU sind Überhangmandate zu erwarten. Die Kosten pro Überhangmandat der CSU werden auf 40 Millionen Euro und mehr geschätzt. Kosten, die dem Steuerzahler zufallen. Zwar fällt die CSU in der Gunst der Wähler zurück, hat aber noch immer die meisten Stimmen in Bayern. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap für den *Bayerischen Rundfunk* stürzte die CSU im Freistaat auf historisch niedrige 28 Prozent ab.

Laut der Allensbach-Erhebung im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Donnerstag) liegt die SPD derzeit bei 27 Prozent – drei Prozentpunkte mehr als bei der vorherigen Umfrage. Im gleichen Zeitraum rutschte die Union um einen Punkt auf 25 Prozent ab.

Bis zum Jahr 2025 wird es keine weitere Änderung des Wahlrechts geben. Bis Mitte 2023 muss eine Kommission zunächst Vorschläge machen, wie der Bundestag wieder kleiner, arbeitsfähiger und kostensparender werden kann.

Mehr zum Thema - ["Steuerpranger" in Baden-Württemberg findet Nachahmer: Schleswig-Holstein prüft Einführung](#)

„Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen, Herr Spahn“

Haben die Corona-Manager den Bezug zur Bevölkerung verloren? Vier WELT-Abonnenten, unter ihnen eine Lehrerin und eine Pflegerin, fordern Klartext vom Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Ein Schlagabtausch über Gängelei der Bürger, das Leid der Kinder und das Ende der Pandemie.

Kaja Klapsa  523

Wegen Merkel ist die CDU unwählbar

Angela Merkel hat sich in den Wahlkampf eingeschaltet – mit einer leichten Distanzierung von Olaf Scholz. Dass sie damit auffällt, zeigt, wie wenig die Kanzlerin noch ihre eigene Partei unterstützt. Zudem ist Merkels Liebe zu den Grünen bemerkenswert.

Ulf Poschardt  287

Die Grünen und die Ängste, die sie selbst schufen

Immer haben die Grünen Gentechnik bekämpft, Esoteriker gehätschelt und die Pharmaindustrie kritisiert – und empfehlen jetzt die Impfung. Kein Wunder, wenn die Impfkritiker von „Die Basis“ reihenweise geräumte Positionen und Wähler der Grünen übernehmen.

Don Alphonso  17

<https://www.welt.de/wirtschaft/article233738902/Liste-der-Parteienspenden-CDU-SPD-und-FDP-kritisieren-Gruene.html> **Wirtschaft Rekordzahlen** 14.09.21 von Karsten Seibel, Wirtschafts- und Finanzredakteur - „**Grüne Doppelmoral**“? Die Liste der Parteispenden löst scharfe Kritik aus Vor allem Großspenden bringen die Grünen in die Bredouille. **Denn im Grundsatzprogramm spricht sich die Partei für eine Deckelung aus** Schon zwei Wochen vor der Wahl wurde doppelt so viel gespendet wie im vergangenen Wahlkampf. Dabei ist die gewohnte Reihenfolge der Parteien durcheinander geraten. Die CDU hat ihren Spitzenplatz verloren, zwei andere Parteien ziehen an ihr vorbei. Die Grünen haben ein moralisches Problem. Das Ende der Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) führt zu einem Rekord bei Parteispenden. Erstmals übersteigt das Volumen der Großspenden an Parteien die Zehn-Millionen-Euro-Marke. Nach Berechnungen von WELT AM SONNTAG flossen bislang 10,9 Millionen Euro in die Parteikassen. 2017 kamen in den neun Monaten vor der Bundestagswahl nur knapp 5,3 Millionen Euro zusammen.

Und nicht nur die Höhe ist ein Rekord, sondern auch die Zahl der Spenden ab 50.000 Euro, die dem Bundestag unverzüglich gemeldet und zeitnah veröffentlicht werden müssen. Sie stieg von 45 auf 68. Unter den Spendern finden sich kaum noch Konzerne und Verbände, dafür sehr viel mehr vermögende Privatpersonen.

Lesen Sie auch Wahlkampfunterstützung

[200.000 Euro gegen die „Staatsgläubigkeit“ – nächste Großspende für die FDP](#)

Größter Nutznießer ist anders als bei früheren Wahlen nicht die CDU. Sie findet sich nur noch auf Platz drei. Auf den ersten beiden Plätzen rangieren FDP und Grüne. Die Liberalen sammelten bislang 3,7 Millionen Euro ein, die Grünen 3,4 Millionen, die CDU kommt auf 2,8 Millionen.

Weit abgeschlagen ist die SPD, die mit einer einzigen Großspende in Höhe von 100.000 Euro noch hinter dem Südschleswigschen Wählerverband, der Partei Die Partei und der CSU liegt – gleichauf mit der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland (MLPD).

Für die Grünen ist die Verzehnfachung des eigenen Spendenvolumens gegenüber 2017 besonders brisant. Heißt es doch im Grundsatzprogramm: „Spenden an Parteien sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren.“ In ihrem Wahlprogramm präzisieren sie die Obergrenze, von einem „jährlichen Höchstbetrag von 100.000 Euro“ ist dort zu lesen.

Millionenspenden nur für die Grünen

Vier der zehn Großspenden für die Grünen liegen oberhalb dieser Marke. Dazu gehören die beiden einzigen Millionenspenden. Bitcoin-Investor Moritz Schmidt überwies im April eine Million Euro, in dieser Woche ließ der niederländische Unternehmer Steven Schuurman der Partei sogar 1,25 Millionen Euro zukommen. Beide begründeten ihre großzügige Spende damit, dass sie einen Politikwechsel herbeiführen wollen.

Kritik kommt vom politischen Gegner. „Die Grünen wollen Großspenden verbieten, kennen selbst aber keine Hemmungen beim Einsammeln von Millionenspenden“, sagte CSU-Generalsekretär Markus Blume. Bevor man so die Hand aufhalte, solle man vielleicht mal einen Blick ins eigene Wahlprogramm werfen. „Hier zeigt sich einmal mehr die grüne Doppelmoral“, sagte Blume.

Lesen Sie auch Nach Lektüre der Wahlprogramme

[Warum Flossbach exakt 431.452 Euro an die FDP und 68.548 Euro für die Grünen spendet](#)

Auch von den Linken gibt es Kritik. „Wenn die Grünen Millionenspenden annehmen, obwohl das ihrem Programm widerspricht, müssen sie sich fragen lassen, wie weit es um ihre Aufrichtigkeit bestellt ist“, sagte Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler. Sie schadeten mit ihrem Verhalten dem Ansehen der Politik. „Damit geben sie Rechtspopulisten Vorschub, die gerne behaupten, die demokratischen Parteien seien allesamt gekauft“, sagte Schindler. Die Linken wollen Unternehmensspenden ganz verbieten, die von Personen auf 25.000 Euro begrenzen.

Selbst bei der SPD, die sich in der Vergangenheit für eine Obergrenze von 100.000 Euro aussprach, geht man auf Distanz zum bevorzugten Koalitionspartner. „Auch die Großspender der Grünen verfolgen Absichten“, sagte der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans.

Solange es keine Begrenzung gebe, müsse jede Partei für sich entscheiden, was sie annehme und was nicht. Grundsätzlich sieht er angesichts des Spendenrekords dringenden Handlungsbedarf. „Ein sichtbarer Argument für eine Spendenobergrenze gibt es nicht“, sagte Walter-Borjans.

Für die Grünen wäre eine Obergrenze in diesem Jahr bitter gewesen. Ohne die vier Spenden oberhalb der 100.000er-Grenze hätten sie statt 3,4 Millionen Euro nur knapp 400.000 Euro erhalten - so viel wie 2017. Grünen-Schatzmeister Marc Urbatsch rechtfertigte die Annahme der Großspenden mit Chancengleichheit. Die Partei sei unverändert dafür, Spenden zu deckeln. Doch solange es keine gesetzliche Neuregelung gebe, wolle man sich im politischen Wettbewerb nicht schlechter stellen. „Regeln müssen für alle gelten“, sagte Urbatsch.

Bei der FDP wehrt man sich grundsätzlich gegen die Einführung einer Spendenobergrenze. „Das Werben der Parteien um Spenden ist ebenso wie das Werben um Mitglieder oder Wählerstimmen Teil des politischen Wettbewerbs“, teilten die Liberalen mit. Regelungsbedarf bestehe lediglich beim Sponsoring von Parteiveranstaltungen, das bislang nicht offengelegt werden muss.

[Unser Kommentar: Moral ist was für die anderen, also deren Missetaten ...](#)

<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article233781818/Annalena-Baerbock-soll-mehr-als-100-mal-abgeschrieben-abgeschrieben.html> 14.09.21 [Bundestagswahl](#) Abschlussbericht Plagiatsjäger -

Baerbock soll mehr als 100-mal abgeschrieben haben

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock soll in ihrem Buch an deutlich mehr Stellen Texte anderer ohne Quellenangabe verwendet haben als bislang bekannt. Das geht aus dem Abschlussbericht des Plagiatsjägers Stefan Weber hervor. Bei Armin Laschet und Olaf Scholz findet er weniger Plagiate.

Plagiatsjäger Stefan Weber hat nach eigenen Angaben Bücher der Kanzlerkandidaten Annalena Baerbock und Armin Laschet genauer untersucht und vor allem bei Grünen-Chefin Baerbock deutlich mehr problematische Übereinstimmungen mit Fremdtexten gefunden als bisher bekannt.

Die Untersuchung von Baerbocks Buch „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“ (Ullstein) habe er bei 100 Plagiatsfragmenten beendet und erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit, teilte Weber am Montagabend mit. Zuerst hatte die „Bild“ berichtet. Insgesamt habe er abgekupferte Passagen von 41 Autoren, 30 Webseiten und vier Sachbüchern bei Baerbock gefunden.

Auch beim Buch von NRW-Ministerpräsident und Unions-Kanzlerkandidat Laschet führt Weber weitere auffällige Stellen auf. Vorwürfe erhebt er zudem gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Von den Betroffenen äußerte sich am Montagabend zunächst niemand zu Webers Berichten.

Lesen Sie auch Plagiatsjäger - [Ihre Arbeit beendet Karrieren – nicht nur in der Politik](#)

Bei Laschets Buch „Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance“ (Ki&Wi) spricht Weber von insgesamt 17 kritischen Fragmenten, beim Buch „Hoffungsland. Eine neue deutsche Wirklichkeit“ (Hoffmann und Campe) von Scholz von drei verifizierten Plagiatsfragmenten. Die Prüfung des Buches von Scholz sei noch nicht abgeschlossen. Erste Übereinstimmungen gebe es auch bei seinen Reden zu verzeichnen.

Baerbock sei eine „Frau Guttenberg“

„Abgekupfert wird im politischen Diskurs offenbar genau so dreist wie in der Wissenschaft, aber bei niemandem konnte man es bislang so werkprägend dokumentieren wie bei Annalena Baerbock“, erklärte der österreichische Medienwissenschaftler. „Sie ist Frau Gutenberg des politischen Sachbuchs.“ Aber auch von Laschet und Scholz „würde man sich erwarten, dass sie immer dann, wenn sie nicht in direkter Rede zitieren, eigene Worte verwenden“.

Baerbock hatte bereits mehrfach zugegeben, bei ihrem Buch [Fehler](#) gemacht zu haben. Ihr Verlag hatte angekündigt, das Buch mit [zusätzlichen Quellenangaben](#) zu versehen. Zu den neuen Vorwürfen Webers gab es am späten Montagabend noch keine Stellungnahme der Grünen.

Auch die Staatskanzlei von Ministerpräsident Laschet in Düsseldorf äußerte sich am Montagabend zunächst nicht. Laschet hatte Ende Juli erklärt, in seinem Buch aus dem Jahr 2009 gebe es offenkundig Fehler, die er verantworte. „Mindestens ein Urheber des im Buch verwendeten Materials wird weder im Fließtext noch im Quellenverzeichnis genannt“, hatte er damals erklärt. Dafür bat er ausdrücklich um Entschuldigung. Um zu klären, ob es weitere Fehler gebe, habe er die Prüfung des Buchs veranlasst. Die SPD wollte sich am Abend nicht äußern.

[Ohne Kommentar unsererseits](#)

WELT+ SEIT JULI

„Corona bei 80 Prozent der offiziellen Covid-Toten wohl nicht Todesursache“

Berechnungen von Mediziner Bertram Häussler besagen: Bei einem Großteil der vom RKI gemeldeten Corona-Toten sei offen, woran sie gestorben sind – die Sterbestatistik werde zunehmend verzerrt. Trotz steigender Infektionszahlen schließt er künftig eine „massive Sterblichkeit“ aus.

Elke Bodderas 1093

WELT+ BESCHRÄNKUNG UNGEIMPFTER

„Das wäre staatliche Zuteilung von Grundrechten nach Wohlverhalten“

Wie viel Druck soll vom Staat aufgebaut werden, damit Ungeimpfte sich einen Ruck geben und impfen lassen? Der Kanzleramtschef fordert harte Schritte. FDP-Vize Kubicki hält das für verfassungswidrig. Auch für Geimpfte sind grundlegende Fragen offen.

Thomas Vitzthum 47

LIVE ALICE WEIDEL

„Wir werden gegen jegliche Diskriminierung von Ungeimpften vorgehen“

Die Spitzenkandidatin der AfD, Alice Weidel, hat in einem Interview angekündigt, dass ihre Partei gegen die 2G-Regel klagen werde. Die Grundrechte von gesunden Menschen dürften nicht eingeschränkt werden. Mehr im Live-Ticker.

24578

[tichyseinblick.de](https://www.tichyseinblick.de) : Sagen Sie ja nichts böses über einen SPD-Politiker. Sofort droht Hausdurchsuchung. Machtmissbrauch hat einen Namen.

Ein Nutzer beleidigt den Hamburger Innensenator auf Twitter - dessen Polizei daraufhin sein Haus durchsucht. Eine Exekutivposse in der Hansestadt.

Auf Grundlage eines Beleidigungsdelikts kam es am Mittwochmorgen auf St. Pauli zu der Hausdurchsuchung. Mehrere Polizisten sollen um 6:00 Uhr morgens mit einem Durchsuchungsbeschluss in die Wohnung eingedrungen sein, dabei wurden mehrere elektronische Geräte des Beschuldigten sichergestellt. In der durchsuchten Wohnung leben Medienberichten zufolge auch zwei kleine Kinder. Der Betroffene hatte Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) auf Twitter beleidigt – und zwar mit den Worten „Du bist so 1 Pimmel“.

Der Vorfall hat in den sozialen Netzwerken Empörung ausgelöst – auf Twitter wurde #Pimmelgate zeitweise zum Thema Nr. Eins in Deutschland. Viele stellen die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes in Frage. Gerade weil der Fall den Innensenator involviert, hat sich der Eindruck einer Einflussnahme von oben breit gemacht. In vielen Fällen werden Beleidigungsdelikte nämlich nur sehr langsam und schwerfällig verfolgt. Doch eine vergleichsweise triviale Beleidigung gegen den Senator, und die Reaktion darauf ist eine rabiate Polizeiaktion. Wenn eine Hamburger Familie früh morgens aus dem Bett geklingelt und ihre Wohnung von mehreren Polizisten auf den Kopf gestellt wird, weil es einen flapsigen Tweet gegeben hat – ist das noch Verhältnismäßig?

Der Innensenator meint: Ja. Und fordert die Bürger auf, es ihm gleichzutun: Hausdurchsuchungen bei Beleidigungsdelikten seien eigentlich völlig normal.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article233794796/Nach-Durchsuchung-zu-Pimmelgate-Hamburger-Senat-stellt-sich-hinter-SPD-Innensenator.html> 14.09.21 Hamburg Nach Durchsuchung zu #Pimmelgate - **Hamburger Senat stellt sich hinter SPD-Innensenator** - Niemand müsse es hinnehmen, öffentlich beleidigt zu werden, heißt es aus dem Senat. Hate Speech bekämpfe man nicht, indem man wegschaut. Der Hintergrund: Hamburgs Innensenator war bei Twitter als „Pimmel“ bezeichnet worden. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin eine Durchsuchung beantragt.

Der rot-grüne Hamburger Senat hat sich hinter den im Zusammenhang mit dem [sogenannten „Pimmelgate“](#) in die Kritik geratenen Innensenator Andy Grote (SPD) gestellt. In der Sitzung am Dienstag sei „sehr intensiv über das Thema Hate Speech“ diskutiert worden, sagte Senatssprecher Marcel Schweitzer. Niemand müsse es hinnehmen, öffentlich beleidigt zu werden. „Hate Speech bekämpft man nicht, indem man wegschaut. Und deshalb ermutigt der Senat alle Bürgerinnen und Bürger, die sich insbesondere in den sozialen Netzwerken beleidigt sehen, Anzeige zu erstatten. Und das werden auch weiterhin die Mitglieder des Senats tun“, so Schweitzer.

Grote hatte Anzeige erstattet, weil er bei Twitter als „Pimmel“ bezeichnet worden war. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Urheber am vergangenen Mittwoch eine Hausdurchsuchung angeordnet. Unter dem Hashtag „Pimmelgate“ war die Durchsuchung im Netz als unverhältnismäßig kritisiert worden. „Das Wort klingt niedlich, aber das Thema ist in der Tat ein sehr gravierendes“, sagte Schweitzer. Jahrelang habe man dafür gekämpft, dass Hassbotschaften im Netz konsequenter verfolgt werden.

Lesen Sie auch Umgang mit Grünen

[Flucht, Bestechung, Privatarmee oder grüne Selbstverbozung?](#)

Erst im April sei es mit einem neuen Gesetz gelungen, der Polizei und den Staatsanwaltschaften dabei mehr Möglichkeiten einzuräumen. „Das ist eine gute Sache. Die muss man nutzen.“

Es könne nicht sein, dass sich Menschen „nach dieser Diskussion der letzten Woche nicht mehr trauen, Anzeige zu erstatten, weil sie fürchten, dass sie einem Shitstorm ausgesetzt sind“, sagte Schweitzer. Grote selbst hatte in der vergangenen Woche erklärt: „**Dass in diesem Fall die Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung veranlasst hat, ist deren autonome Entscheidung, auf die auch niemand von außen Einfluss nimmt.**“

Lesen Sie auch Hatespeech im Netz

[Wie Antisemitismus mit künstlicher Intelligenz bekämpft werden soll](#)

Allen aber müsse klar sein: „Wenn wir gegen strafbare Hass- und Beleidigungstaten im Netz konsequent vorgehen wollen, dann sind hierzu auch häufig Durchsuchungen erforderlich.“

„Nicht nur als Politiker wird man häufig mit Häme, Hass und Beleidigungen im Netz konfrontiert“, sagte Grote. Wenn dabei die Qualität einer Straftat erreicht werde, dann rate er allen ausdrücklich immer, Anzeige zu erstatten, damit die Tat auch verfolgt werden könne.

Shitstorm auf Twitter

Grote hatte nach dem auf ihn gemünzten Tweet „Du bist so 1 Pimmel“ im Mai Strafantrag gestellt. Rund drei Monate später durchsuchte die Polizei am Mittwochmorgen eine Wohnung auf St. Pauli.

Lesen Sie auch Debattenkultur im Parlament

[„Unerträglich, welcher niedere Ton angeschlagen wurde“](#)

Dem Durchsuchungsbeschluss zufolge war „zu vermuten, dass die Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln führen wird, insbesondere von Speichermitteln mittels derer die in Rede stehende Nachricht versandt wurde“.

Später ging bei Twitter ein Shitstorm auf Grote nieder, weil er wegen einer Lappalie Strafantrag gestellt habe. Andere Twitterer warfen Polizei und Staatsanwaltschaft vor, unverhältnismäßig und überzogen gehandelt zu haben. dfe, dpa

[Unser Kommentar: Nach der Causa in Berlin, wo ein Überfall-Kommando der Polizei mehrmals Hausdurchsuchungen bei Tim Kellner machte, weil er sich in seinem Satire-Kanal über eine Berliner Senatorin \(mit Lobbyisten-Ehemann\) lustig gemacht hatte, rechtlich nicht zu beanstanden, in mehreren Gerichtsurteilen, hat offenbar Innensenator Grote aus Hamburg dem als Mittel der Wahl nachgeeifert - ach nein, die ihm unterstellte Staatsanwaltschaft hat das selbst frei entschieden ...](#)